



NEWSLETTER

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 21. April 2023



Liebe Leserinnen und Leser,

einer der Schwerpunkte dieser Sitzungswoche war die Forderung nach der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, um die Steueraffäre Scholz-Warburg aufzuklären. Das Agieren der Freien und Hansestadt Hamburg unter der Verantwortung des damaligen Ersten Bürgermeisters, späteren Bundesfinanzministers und jetzigen Bundeskanzlers Olaf Scholz wirft viele Fragen und Widersprüche auf, die endlich geklärt werden müssen. Der Sachverhalt - auch zu finanziellen Lasten des Bundes - bedarf der Aufarbeitung in einem Untersuchungsausschuss auf Bundesebene.

Die Weiternutzung der Kernkraft haben wir diese Woche zum Thema einer Aktuellen Stunde gemacht. Die Erreichung der Klimaziele muss weiter oberste Priorität haben. Wir können diese aber nicht erreichen, indem wir den Wegfall der Energieform durch Stein- und Braunkohle kompensieren. Kernkraft nein, Kohle ja - an dieser Stelle ist die Auffassung der Ampel-Regierung für einen sinnvollen, klimafreundlichen Energiemix nicht nachvollziehbar. Einen guten Mix aus fossilen und regenerativen Energieträgern brauchen wir aber für eine sichere Versorgung.

Zudem richten wir unseren Blick diese Woche Richtung Osten: Wir brauchen eine Neubestimmung der Beziehungen mit China. China ist Wettbewerber, Wirtschaftspartner und zugleich systemischer Rivale. Eine Abkopplung Deutschlands und Europas von China wäre der falsche Ansatz, aber es geht sehr wohl um eine Minimierung von den Risiken einer zu großen Abhängigkeit.

Über diese und weitere Themen der Sitzungswoche berichte ich Ihnen im Folgenden. Alles Gute und bleiben Sie gesund,

Ihr

Hermann Färber
Hermann Färber MdB

Inhalt

Aktuelle Stunde zur
Kernkraft

Bürokratie-
abbau

Einstufung sicherer
Herkunftsstaaten

Lebensmittel-
verschwendung

Terminvorschau

CDU



Aktuelle Stunde zur Weiternutzung der Kernkraft

Die Strompreise in Deutschland gehören zu den höchsten aller Industrieländer. Verbraucher und Industrie ächzen unter diesen hohen Energiekosten. Die Bundesregierung hat durchgesetzt, dass am 15. April 2023 die letzten drei deutschen Kernkraftwerke vom Netz gegangen sind. Mit dem Abschalten der 3 verbliebenen Kernkraftwerke verliert Deutschland vier Gigawatt Stromleistung. Durch diesen Wegfall werden nun, noch stärker als bisher, Stein- und besonders klimaschädliche Braunkohle statt Kernkraft zur Stromerzeugung genutzt. Zudem wird Strom importiert, u. a. aus französischen Kernkraftwerken und polnischen Braunkohlekraftwerken.

Diese Entscheidung der Bundesregierung zum Aus für die Kernkraft ist in der jetzigen Lage falsch. Ein befristeter Weiterbetrieb der Kernkraftwerke - wie es die Union vorgeschlagen hat - bis zum Ende der infolge des russischen Angriffskriegs aufgetretenen Energiekrise wäre sinnvoll gewesen. Leider lässt die Ampel-Regierung zudem nach wie vor offen, wie wir konkret sicher durch den nächsten Winter kommen sollen, und betreibt vielmehr eine ideologische Energiepolitik. Damit gefährdet sie allerdings Arbeitsplätze und unsere Versorgungssicherheit.

Wirtschaft unterstützen – überflüssige und belastende Bürokratie abbauen

Die Belastung durch die Bürokratie nimmt immer noch nicht schnell genug ab. Das hat auch der Normenkontrollrat festgestellt: Der sogenannte Erfüllungsaufwand ist im Zeitraum 2021/22 von rund 6,7 auf etwa 17,4 Milliarden Euro angestiegen (Jahresbericht 2022, Seite 4). Dieser Anstieg fällt also für unsere Unternehmen deutlich höher aus als in den Jahren zuvor. Eine Steigerung verbleibt selbst noch nach Abzug der durch die Mindestlohnentwicklung verursachten Mehrkosten.

Der Bürokratieabbau ist und bleibt eine Daueraufgabe. Er kostet wenig, kann aber erhebliche Erleichterungen bringen und wirkt wie ein Konjunkturprogramm. Unser Ziel ist es, Dokumentations-, Melde- und Aufbewahrungspflichten, lange Verfahrensdauern sowie Vollzugs- und Umsetzungsprobleme in Behörden so zu vereinfachen, dass es keine Belastung für unsere Wirtschaft bedeutet. In diesem Jahrzehnt müssen wir es schaffen, dass sich die Wirtschaft mehr auf ihr Kerngeschäft konzentrieren, neue Ideen umsetzen und Arbeitsplätze sichern kann.

Geregeltes Verfahren zur Einstufung sicherer Herkunftsstaaten einführen

Die Zahl der Zuwanderer nimmt nach wie vor nicht ab: allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres kamen 87.777 Asylanträge zu den 244.132 Asylanträgen aus 2022 hinzu. Darunter sind viele Asylanträge, die von vornherein sehr geringe Erfolgsaussichten haben. Diese sollten daher zügiger bearbeitet und entschieden werden können. Mit der Einstufung von Staaten als sichere Herkunftsstaaten bieten uns das nationale und europäische Recht hierzu eine Möglichkeit. Deshalb fordert die CDU/CSU im Bundestag:

- Die Einführung eines regelmäßigen und geordneten Verfahrens zur Einleitung der erforderlichen Prüfung zur Einstufung sicherer Herkunftsstaaten. Entsprechende Prüfungen sollten nicht erst bei Auftreten von Problemlagen sondern im Regelfall im Zuge eines geordneten Verfahrens erfolgen.
- Die Grünen müssen ihre Blockade im Bundesrat aufgeben: Der im Januar 2019 vom Deutschen Bundestag beschlossene Einstufung Georgiens sowie der drei Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsländer muss der Bundesrat nach mehr als drei Jahren endlich zustimmen.

Weniger Lebensmittel verschwenden - Tafeln unterstützen

Das Landwirtschaftsministerium agiert beim Thema Lebensmittelverschwendung ideenlos. Dabei muss die Lebensmittelverschwendung dringend verringert werden: Rund ein Drittel der Lebensmittel werden in Deutschland verschwendet. Das sind pro Jahr elf Millionen Tonnen, die im Mülleimer landen! Es ist ein Thema, das uns als Verbraucherinnen und Verbraucher besonders angeht, die Ampel-Koalition aber leider überhaupt nicht im Blick hat.

Mit unserem Antrag „Lebensmittelverschwendung wirksam verringern – Lebensmittelspenden fördern“ fordern wir deshalb, dass die kostenlose Weitergabe von Lebensmitteln an die Tafeln, soziale Einrichtungen und Organisationen vereinfacht wird, indem spendende Unternehmen von Haftungsrisiken insbesondere nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch befreit werden. Außerdem wollen wir dass geprüft wird, ob gemeinnützige Organisationen projektbezogen stärker finanziell unterstützt werden könnten, um sie beim Aufbau notwendiger Infrastruktur zur Annahme von Lebensmittelspenden zu unterstützen. Zusätzlich fordern wir dass Fahrzeuge, die ausschließlich für die Arbeit der Tafeln genutzt werden, von der KFZ-Steuer befreit werden sollten.

Es müssen außerdem wirksame Maßnahmen ergriffen werden, damit die Verschwendung von Lebensmitteln in Privathaushalten reduziert wird. Hierzu sollte zum Beispiel das Mindesthaltbarkeitsdatum reformiert werden, damit Verbraucher dieses Datum nicht als starres Wegwerfdatum verstehen, sondern Lebensmittel achtsam behandeln, die oft noch länger gut sein können (z.B. Joghurt).



Bildquelle: Canva.

Terminvorschau

22. April: Kreisjugendfeuerwehrtag in der Stadthalle in Eislingen

23. April: Jubiläums-Matinee anlässlich des 100jährigen Bestehens des Musikvereins Wäschenbeuren in der Bürenhalle in Wäschenbeuren

24. April: Grußwort auf dem Verbandstag 2023 des BDF-Bundesforst in Berlin

24. April: Gespräch zwischen dem Agrarausschuss und dem Bund der Deutschen Landjugend in Berlin

27. April: Unions-Talk Agrar zum Thema Frauen in der Landwirtschaft in Berlin

27. April: Zukunftskongress der CDU/CSU zum Thema "Deutschland kann es besser: Wirtschaft stärken. Klima schützen. Arbeit schaffen." in Berlin

30. April: Einweihung des Gemeindehauses St. Maria in Geislingen

04. Mai: Vor-Ort-Termin und Abendveranstaltung mit der CDU Lauda-Königshofen

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de